

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 1008
des Abgeordneten Axel Vogel
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 5/2579

Genehmigung zur Erweiterung der Milchviehanlage in Schmargendorf

Wortlaut der Kleinen Anfrage 1008 vom 22. Dezember 2010:

In Schmargendorf, Landkreis Uckermark, wird eine Milchviehanlage mit aktuell genehmigten 240 Rinder- und 60 Kälberplätzen betrieben. Der Betreiber der Anlage, die Milchgut Schmargendorf GbR, hat eine Erweiterung der Stellplätze um das Fünffache auf 1.324 Rinder- und 198 Kälberplätze sowie die Errichtung einer Biogasanlage beantragt. Dazu wurde ein immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren durchgeführt.

Die Anlage liegt im Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin. Laut der Verordnung des Biosphärenreservats ist es verboten, bauliche Anlagen außerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile oder außerhalb des Geltungsbereiches rechtskräftiger Bebauungspläne zu errichten.

Westlich des geplanten Anlagenstandortes befindet sich in etwa 800 m Entfernung das Natura 2000-Gebiet Grumsiner Forst/Redernswalde, von dem Teilbereiche als UNESCO Weltnaturerbe vorgeschlagen wurden. Für dieses Gebiet sind dem Bundesamt für Naturschutz verschiedene Lebensraumtypen mit einer Sensibilität gegenüber Stickstoffeinträgen gemeldet.

Umweltverbände sowie eine Bürgerinitiative befürchten durch die Erweiterung der Anlage weitere Intensivierungen in der Landnutzung und damit eine erhebliche Umweltbelastung für die Region sowie für das angrenzende FFH-Gebiet. Sie sehen die Planung als Verstoß gegen § 4 der Verordnung des Biosphärenreservats Schorfheide-Chorin an. Sie stehen auch im Widerspruch zu den Plänen der Stadt Angermünde, ein „Staatlich anerkannter Erholungsort“ zu werden, behindern die Anerkennung des Grumsiner Forst als UNESCO Weltnaturerbe und die Entwicklung des Geoparks „Eiszeitland am Oderland“.

Datum des Eingangs: 15.02.2011 / Ausgegeben: 21.02.2011

Die Auswirkungen der Anlage auf das angrenzende FFH-Gebiet wurden nicht umfassend im Rahmen einer FFH-Verträglichkeitsprüfung untersucht. Dennoch sah die untere Naturschutzbehörde des Landkreises Uckermark die Voraussetzungen für eine Genehmigung als gegeben an.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die Befreiung vom Verbotstatbestand zur Errichtung baulicher Anlagen nach § 6 Abs. 1, Nr. 1 der Verordnung des Biosphärenreservats Schorfheide-Chorin durch die Untere Naturschutzbehörde des Landkreises Uckermark, mit der Begründung
 - a) eines überwiegenden öffentlich Interesses,
 - b) dass eine Ablehnung des Antrages zu einer nicht beabsichtigten Härte führen würde, zu genehmigen?
2. Warum wurde im Genehmigungsprozess keine FFH-Verträglichkeitsprüfung durchgeführt, obwohl sich der Ostrand des Plunzer Sees, der Teil des FFH-Gebietes Grumsiner Forst/Redernswalde ist, in etwa 800 m Entfernung zum geplanten Vorhaben befindet und damit sogar innerhalb des Beurteilungsgebietes nach der Technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft des Umweltbundesamtes liegt?
3. Welche Lebensraumtypen nach Anhang I der FFH-Richtlinie und Arten nach Anhang II der FFH-Richtlinie wurden im Umkreis um die geplante Anlage nachgewiesen deren Erhaltungszustand durch Stickstoffemissionen negativ beeinflusst werden könnten?
4. Wie beurteilt die Landesregierung, dass die Stickoxidemissionen (NO_x) des geplanten Blockheizkraftwerkes bei den Darstellungen in den Antragsunterlagen nicht berechnet wurden, obwohl dieser Teil der Stickstofffracht ebenso aus der beantragten Anlage stammt?
5. Wie beurteilt die Landesregierung, dass bei den Quellmodellierungen in den Antragsunterlagen Punktquellen statt vertikaler Linienquellen gewählt wurden?
6. Wie beurteilt die Landesregierung, dass bei den Darstellungen in den Antragsunterlagen diffuse Emissionen durch Transport- und Umschlagprozesse, wie sie das LUGV in seinem Ammoniakemissionsinventar fordert, nicht berücksichtigt wurden?
7. Wie beurteilt die Landesregierung, dass bei den Darstellungen in den Antragsunterlagen nasse Depositionen weder berechnet noch berücksichtigt wurden?
8. Wie beurteilt die Landesregierung die Einstufung der Anlage als landwirtschaftlichen Betrieb im Sinne von § 201 BauGB vor dem Hintergrund, dass der Antragsteller angibt, auf 398 ha zur Verfügung stehender Landwirtschaftlicher Nutzfläche 50% des für die Tiere benötigten Futters erzeugen zu können? Wäre es unter diesen Voraussetzungen möglich,

Cross- Compliance-Bedingungen im Bezug auf die Humusbilanz sowie die Gebote nach § 5 der Verordnung des Biosphärenreservats Schorfheide-Chorin einzuhalten?

9. Wie soll die Erschließung der geplanten Anlage, die Voraussetzung für eine Genehmigung nach § 35 BauGB ist, gesichert werden? Welche Kosten entstehen dabei und wer übernimmt diese?
10. Wie viel Hektar Fläche sind im Umfeld der Biogasanlage für die Aufbringung der Gärreste vorgesehen? Welche NSG, FFH- und SPA-Gebiete sind davon betroffen (bitte aufschlüsseln nach Name des Gebietes und betroffener Fläche des Gebietes in ha)?
11. Wird das MUGV aufgrund der oben genannten Verfahrensfehler von seiner Fachaufsicht Gebrauch machen und die Genehmigung der Unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Uckermark widerrufen?

Namens der Landesregierung beantwortet die Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1:

Wie beurteilt die Landesregierung die Befreiung vom Verbotstatbestand zur Errichtung baulicher Anlagen nach § 6 Abs. 1, Nr. 1 der Verordnung des Biosphärenreservats Schorfheide-Chorin durch die untere Naturschutzbehörde des Landkreises Uckermark, mit der Begründung

- a) eines überwiegenden öffentlichen Interesses,
- b) dass eine Ablehnung des Antrages zu einer nicht beabsichtigten Härte führen würde,

zu genehmigen?

zu Frage 1:

Der Landkreis Uckermark –untere Naturschutzbehörde- ist vom MUGV angewiesen worden, die im immissionsschutzrechtlichen Verfahren zu den Voraussetzungen einer Befreiung gemäß § 67 des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) in Verbindung mit dem Verbotstatbestand gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 1 der Biosphärenreservatsverordnung (BRVO) abgegebene Stellungnahme zurückzunehmen, weil das Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz –Biosphärenreservatsverwaltung- bisher nicht ordnungsgemäß beteiligt worden war. Eine Bewertung des Prüfungsergebnisses des Landkreises Uckermark –untere Naturschutzbehörde-, ob die Voraussetzungen einer Befreiung gemäß § 67 BNatSchG vorliegen, kann daher erst nach der erneuten Abgabe einer Stellungnahme erfolgen.

Frage 2:

Warum wurde im Genehmigungsprozess keine FFH-Verträglichkeitsprüfung durchgeführt, obwohl sich der Ostrand des Plunzer Sees, der Teil des FFH-Gebietes Grumsiner Forst/Redernswalde ist, in etwa 800 m Entfernung zum geplanten Vorhaben befindet und damit sogar innerhalb des Beurteilungsgebietes nach der Technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft des Umweltbundesamtes liegt?

zu Frage 2:

Eine Vorprüfung zur NATURA 2000–Verträglichkeit ist Bestandteil der Antragsunterlagen. Es wurde über das Beurteilungsgebiet nach der Technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft (TA Luft) (Radius 1 km) hinaus untersucht. Im Ergebnis dieser durch den Antragsteller vorgelegten Vorprüfung wurde festgestellt, dass eine Beeinträchtigung der für das Beurteilungsgebiet und seine FFH-Lebensraumtypen festgelegten Erhaltungsziele ausgeschlossen werden kann. Auf Grund der Entscheidung des BVerwG vom 14.04.2010 - 9 A 5.08 - hat sich der Beurteilungsmaßstab für Stickstoffeinträge in FFH-Gebiete zwischenzeitlich geändert. Ob diese Änderung des Bewertungsmaßstabes zu einem anderen Ergebnis der vorliegenden FFH-Vorprüfung führt und die Nachforderung überarbeiteter Antragsunterlagen erforderlich macht, wird derzeit im laufenden Genehmigungsverfahren geprüft. Eine abschließende Entscheidung, ob eine FFH-Verträglichkeitsprüfung durchzuführen ist, steht daher noch aus.

Frage 3:

Welche Lebensraumtypen nach Anhang I der FFH-Richtlinie und Arten nach Anhang II der FFH-Richtlinie wurden im Umkreis um die geplante Anlage nachgewiesen deren Erhaltungszustand durch Stickstoffemissionen negativ beeinflusst werden könnten?

zu Frage 3:

In der Zeit des inzwischen mehr als dreijährigen Bearbeitungszeitraums gibt es keine Hinweise auf das Vorhandensein von Arten nach Anhang II der FFH-RL im Umfeld der geplanten Anlage.

Es wurden alle (insgesamt 18) im Umfeld befindlichen FFH-Lebensraumtypen (LRT) des Anhanges I bewertet, davon sind 13 LRT als stickstoffempfindlich klassifiziert. Eine mögliche Betroffenheit durch das Betreiben der Anlage wurde im Untersuchungsradius von 1000 m für drei LRT ermittelt:

- 91D1 Birkenmoorwälder,
- 7140 Übergangs- und Schwingrasenmoore sowie
- 3140 oligo- bis mesotrophe kalkhaltige Gewässer.

Eine Beeinträchtigung konnte für diese LRT nicht festgestellt werden.

Weitere zu betrachtende FFH-LRT können jedoch im Zusammenhang mit den verfügbaren Ausbringungsflächen für Gülle und Gärreste stehen. Hierzu erfolgt die Prüfung einer möglichen Flächeneignung durch die zuständigen Behörden des Landkreises Uckermark (Landwirtschaft und Bodenschutz).

Frage 4:

Wie beurteilt die Landesregierung, dass die Stickoxidemissionen (NO_x) des geplanten Blockheizkraftwerkes bei den Darstellungen in den Antragsunterlagen nicht berechnet wurden, obwohl dieser Teil der Stickstofffracht ebenso aus der beantragten Anlage stammt?

zu Frage 4:

Im vorliegenden Fall mussten die Emissionen an Stickstoffoxiden aus dem BHKW nicht gesondert berechnet werden. Aus den Anlagendaten (maximaler Abgasvolumenstrom) und dem entsprechend Stand der Technik einzuhaltenden Emissionsgrenzwert nach TA Luft ergibt sich ein Emissionsmassenstrom an Stickstoffoxiden, der weit unterhalb (um ca. 95 %) der Bagatellschwelle liegt und als irrelevante Quelle im Sinne der TA Luft anzusehen ist. Im Bereich von Tierhaltungsanlagen treten derartige Stickstoffemissionen regelmäßig in den Hintergrund, dominierend sind die Stickstoffemissionen aus den Ställen. Messwerte an betriebenen BHKW zeigen zudem, dass die Emissionsbegrenzung ($0,50 \text{ g/m}^3$) mit großer Sicherheit eingehalten bzw. deutlich unterschritten wird.

Bei der Berechnung der Stickstoffimmissionen wurden diese Emissionen wegen Geringfügigkeit nicht berücksichtigt. Der Betrieb des BHKW hat praktisch keinen Einfluss auf das Prognoseergebnis der Gesamtbelastung.

Frage 5:

Wie beurteilt die Landesregierung, dass bei den Quellmodellierungen in den Antragsunterlagen Punktquellen statt vertikaler Linienquellen gewählt wurden?

zu Frage 5:

Aus pragmatischen Gründen kann im Rahmen von Immissionsprognosen auf eine vereinfachte Darstellung von Quellen in Form sogenannter Ersatzquellen zurückgegriffen werden. In der Richtlinie VDI 3783 Blatt 13 (Qualitätssicherung in der Immissionsprognose) wird im Zusammenhang mit der Modellierung von Gebäudeeinflüssen die Verwendung von vertikalen ausgedehnten Ersatzquellen als eine mögliche Vorgehensweise beschrieben. Daraus kann jedoch nicht abgeleitet werden, dass bei Immissionsprognosen grundsätzlich vertikale Linienquellen anzusetzen sind.

Im vorliegenden Fall wurden unterschiedliche Arten der Quellmodellierung gewählt. Neben Punktquellen wurden Quellen u. a. auch als Ersatzquellen in Form von Volumenquellen dargestellt. Einflüsse der Bebauung wurden mittels eines Windfeldmodells berücksichtigt. Aus fachlicher Sicht ist dies nicht zu beanstanden.

Frage 6:

Wie beurteilt die Landesregierung, dass bei den Darstellungen in den Antragsunterlagen diffuse Emissionen durch Transport- und Umschlagprozesse, wie sie das LUGV in seinem Ammoniakemissionsinventar fordert, nicht berücksichtigt wurden?

zu Frage 6:

Ein „Ammoniakemissionsinventar“ des LUGV ist der Landesregierung nicht bekannt. Die Ermittlung der Emissionen von Ammoniak aus Tierhaltungsanlagen erfolgt im Land Brandenburg auf der Grundlage der Ammoniakemissionsfaktoren Tierhaltung mit Stand August 2009, die mit einem Erlass des MUGV vom 18. Dezember 2009 veröffentlicht wurden. Die Landesregierung geht davon aus, dass diese Daten mit dem Ammoniakemissionsinventar gemeint sind.

Im Bereich von Tierhaltungsanlagen wird eine derartige Differenzierung der Emissionsquellen nicht vorgenommen. Im Land Brandenburg war bislang für Verschmutzungen im Bereich von Biogasanlagen, die durch Umschlags- und Transportvorgänge auftreten können, ein Zuschlag von 10 % der direkt benannten diffusen Emissio-

nen pauschal anzusetzen.

Im Ergebnis einer Vielzahl von Genehmigungsverfahren, die mit Hilfe einer Verwaltungsempfehlung zur Ermittlung und Bewertung von Stickstoffeinträgen durchgeführt wurden (Erlass des MLUV/54 vom 20.11.2007 sowie Ergänzung vom 11.02.2008), hat sich gezeigt, dass die Ammoniakimmissionen, die sich aus Emissionsquellen im Bereich von Biogasanlagen dieser Größenordnung und Funktionsweise ergeben, für sich betrachtet die Irrelevanzschwelle nicht überschreiten. Das wurde auch im Ergebnis der Messungen im Rahmen eines Projektes der Landesforstanstalt Eberswalde zur Ermittlung der Auswirkungen von Biogasanlagen bestätigt, bei denen im Umfeld von Biogasanlagen keine relevanten Erhöhungen der Ammoniakimmissionen festgestellt worden sind.

Im vorliegenden Fall hat der Antragsteller dennoch diffuse Emissionsquellen im Bereich der Biogasanlage in der Prognose berücksichtigt. Insofern wird die Biogasanlage in der für die maßgeblichen Immissionsorte zu ermittelnden Gesamtimmissionsbelastung berücksichtigt.

Frage 7:

Wie beurteilt die Landesregierung, dass bei den Darstellungen in den Antragsunterlagen nasse Depositionen weder berechnet noch berücksichtigt wurden?

zu Frage 7:

In den durch das Umweltbundesamt veröffentlichten und im Genehmigungsverfahren zu berücksichtigenden Daten der Vorbelastung wurde die nasse Deposition berücksichtigt und geht insofern in die Gesamtbelastung ein. Die nasse Depositionszusatzbelastung musste daher weder berechnet noch in den Darstellungen in den Antragsunterlagen berücksichtigt werden.

Die bei der nassen Deposition ablaufenden Prozesse und deren Modellierung sind Gegenstand der aktuellen wissenschaftlichen Forschung. Es gibt Modellansätze, die als zusätzliche Eingangsgröße Niederschlagsdaten verlangen. Da die Niederschlagsverteilung örtlich sehr stark schwankt, gibt es derzeit keine belastbaren Daten, die eine gesicherte Modellierung der nassen Depositionszusatzbelastung ermöglichen.

Nach dem gegenwärtigen wissenschaftlichen Erkenntnisstand ist der Anteil der nassen Depositionszusatzbelastung an der Gesamtdeposition sehr stark von der Quelhöhe abhängig. Im Einflussbereich von Anlagen mit bodennahen Quellen nimmt die trockene Deposition den maßgeblichen Anteil an der Gesamtdeposition ein. Aus diesem Grund und wegen der bereits benannten Probleme bei der Modellierung ist es daher Konvention, bis zum Vorliegen neuer Erkenntnisse auf die Berechnung der nassen Deposition zu verzichten.

Frage 8:

Wie beurteilt die Landesregierung die Einstufung der Anlage als landwirtschaftlichen Betrieb im Sinne von § 201 BauGB vor dem Hintergrund, dass der Antragsteller angibt, auf 398 ha zur Verfügung stehender landwirtschaftlicher Nutzfläche 50 % des für die Tiere benötigten Futters erzeugen zu können? Wäre es unter diesen Voraussetzungen möglich, Cross-Compliance-Bedingungen im Bezug auf die Humusbilanz sowie die Gebote nach § 5 der Verordnung des Biosphärenreservats Schorfhei-

de-Chorin einzuhalten?

zu Frage 8:

Die Beurteilung des Landwirtschaftscharakters eines Tierhaltungsbetriebes richtet sich nach dem Vermögen des Betriebes, das Futter überwiegend (d. h. zu mehr als 50 % der benötigten Futtermenge) auf den zum landwirtschaftlichen Betrieb gehörenden, landwirtschaftlich genutzten Flächen zu erzeugen. Gemäß dem Wortlaut von § 201 BauGB¹ kommt es dabei nicht darauf an, dass das erzeugte Futter im Betrieb direkt verwendet wird.

Die Einstufung als Landwirtschaftsbetrieb erfolgt im Ergebnis einer gutachterlichen Arbeit, die das regionale Ertragsvermögen der Böden und den Futterbedarf der Tiere im beantragten Haltungsverfahren einbezieht. Für die Einstufung als Landwirtschaftsbetrieb ist die Untere Landwirtschaftsbehörde, hier das Amt für Landwirtschaft des Landkreises Uckermark, zuständig.

Frage 9:

Wie soll die Erschließung der geplanten Anlage, die Voraussetzung für eine Genehmigung nach § 35 BauGB ist, gesichert werden? Welche Kosten entstehen dabei und wer übernimmt diese?

zu Frage 9:

Die Darstellung der geplanten Erschließung ist als Teil der Antragsunterlagen durch den Antragsteller im Genehmigungsverfahren vorzulegen. Die Kosten für die Erschließung trägt der Antragsteller.

Frage 10:

Wie viel Hektar Fläche sind im Umfeld der Biogasanlage für die Aufbringung der Gärreste vorgesehen? Welche NSG, FFH- und SPA-Gebiete sind davon betroffen (bitte aufschlüsseln nach Name des Gebietes und betroffener Fläche des Gebietes in ha)?

zu Frage 10:

Auf der Grundlage vorliegender Abnahmeverträge wurde durch den Landkreis Uckermark die Verwertung der anfallenden Gärreste geprüft.

Für die Ausbringung der Gärreste hat der Antragsteller Abnahmeverträge in einer Größenordnung von 1096 ha vorgelegt, die als ausreichend eingeschätzt werden. Einer der Vertragspartner bewirtschaftet von seiner gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche auch Flächen im FFH-Gebiet Nr. 128 „Grumsiner Forst/Redenswalde“.

Er hat jedoch ausreichend Flächen außerhalb des FFH-Gebietes, so dass die von ihm zugesicherte Fläche von 430 ha außerhalb des FFH-Gebietes für die Ausbringung der Gärreste genutzt werden kann.

Frage 11:

Wird das MUGV auf Grund der oben genannten Verfahrensfehler von seiner Fachaufsicht Gebrauch machen und die Genehmigung der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Uckermark widerrufen?

¹ Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585) geändert worden ist

zu Frage 11:

Das MUGV hat den Landkreis Uckermark –untere Naturschutzbehörde- angewiesen, die im immissionsschutzrechtlichen Verfahren abgegebene Stellungnahme zurückzunehmen. Denn dieser Stellungnahme ging eine unzureichende Beteiligung des LUGV –Biosphärenreservatsverwaltung Schorfheide-Chorin- voraus. Eine erneute Stellungnahme hat nach erneuter ordnungsgemäßer Beteiligung des LUGV –Biosphärenreservatsverwaltung- zu erfolgen.